



SONDERVERMÖGEN

Unwort des Jahres 2025: Warum ‚Sondervermögen‘ mehr über Staatsfinanzen verrät als über Sprache

Michael Fiedler

Was nach zusätzlichem Wohlstand klingt, meint in Wahrheit neue Schulden. Dass „Sondervermögen“ zum Unwort des Jahres 2025 gewählt wurde, ist mehr als Sprachkritik – es ist ein Warnsignal für politische Kommunikation, Staatsfinanzen und das Vertrauen in finanzpolitische Entscheidungen.

Ein Begriff zwischen Fachsprache und öffentlicher Debatte

Der Ausdruck Sondervermögen prägte die finanzpolitische Diskussion in Deutschland. 2025 stand er besonders im Mittelpunkt öffentlicher Debatten über Staatsverschuldung und Investitionsprogramme. Die Jury der Aktion Unwort des Jahres hat den Begriff nun zum Unwort des Jahres 2025 erklärt. Begründung: Der Begriff stammt zwar aus der Wirtschafts- und Verwaltungssprache und ist auch verfassungsrechtlich verankert (unter anderem in Artikel 110 Absatz 1 des Grundgesetzes). Im finanzpolitischen Fachdiskurs bezeichnet er einen Nebenhaushalt, der zur Erfüllung bestimmter Aufgaben eingerichtet wird und regelmäßig mit Kreditermächtigungen verbunden ist. In der öffentlichen Kommunikation werde dieser technische Begriff jedoch zunehmend losgelöst von seiner Fachbedeutung verwendet, heißt es in der Begründung der Jury.

Warum „Sondervermögen“ als irreführend gilt

Im allgemeinen Sprachgebrauch wird „Vermögen“ mit Besitz, Rücklagen oder Wohlstand assoziiert. Das Wortbildungselement „sonder“ suggeriert etwas Zusätzliches oder Außergewöhnliches. Genau hier sieht die Jury das Problem: Viele Bürgerinnen und Bürger orientieren sich an dieser Alltagsbedeutung, während tatsächlich neue Schulden gemeint sind. Nach Einschätzung der Jury verschleiert der Begriff damit den eigentlichen Sachverhalt. Die euphemistische Wirkung erschwere eine offene demokratische Debatte über Umfang, Zweck und Notwendigkeit staatlicher Verschuldung. Verständlichkeit und Aufrichtigkeit in der politischen Kommunikation würden dadurch unterlaufen – gerade bei Themen, die alle Bürger betreffen.

Finanzpolitische Dimension: Sprache prägt Akzeptanz

Für die Finanzpolitik ist die Wahl des Unworts mehr als eine semantische Randnotiz. Begriffe wie „Sondervermögen“ beeinflussen, wie staatliche Kreditaufnahme wahrgenommen und bewertet wird. Eine sprachliche Entkopplung von Schulden und ihren finanziellen Konsequenzen kann Akzeptanz schaffen, ohne dass die langfristigen Wirkungen – etwa auf Haushaltsdisziplin, Zinslasten oder Generationengerechtigkeit – transparent diskutiert werden.

Gerade für Kapitalmärkte, institutionelle Investoren und Akteure der Altersvorsorge ist jedoch entscheidend, dass finanzpolitische Maßnahmen klar benannt und nachvollziehbar begründet werden. Vertrauen entsteht nicht durch beschönigende Begriffe, sondern durch Transparenz über Risiken, Laufzeiten und fiskalische Spielräume.

Für Versicherer, Pensionskassen und andere langfristig orientierte Kapitalanleger ist die Debatte um „Sondervermögen“ von unmittelbarer Bedeutung. Staatliche Schuldenprogramme beeinflussen Zinsmärkte, Inflationsaussichten und regulatorische Rahmenbedingungen. Wenn finanzpolitische Realität und öffentliche Kommunikation auseinanderdriften, erhöht dies die Unsicherheit bei langfristigen Planungen.

Die Wahl des Unworts macht deutlich: Präzise Sprache ist kein Selbstzweck, sondern Teil einer verantwortungsvollen Finanzpolitik. Gerade in Zeiten hoher Investitionsbedarfe und struktureller Herausforderungen entscheidet Klarheit in der Kommunikation darüber, ob politische Maßnahmen nachvollziehbar, überprüfbar und gesellschaftlich tragfähig bleiben.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4947796/Unwort-des-Jahres-2025-Warum-Sondervermoegen-mehr-ueber-Staatsfinanzen-verraet-als-ueber-Sprache/>